Einzelnummer 10 Pf.

79

Arbeiter-stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 27 [illegible] ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 853 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Sonnabend, 11. Juli 1925 | Nummer 75

Gegen die Kriegsgefahr und den Zollwucher

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern!

Der Landesvorstand der KPD Sachsens hat in einem Aufruf am 4. Juli das sächsische Proletariat auf die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, auf den Steuerraubzug und den Zollwucher aufmerksam gemacht. Das gesamte Proletariat ist in diesem Aufruf aufgefordert worden, den 26. Juli und den 2. August

zu gewaltigen Kundgebungen gegen Kriegsgefahr, Steuerraub und Zollwucher

zu gestalten.

Um eine tatsächliche Einheitsaktion des gesamten Proletariats herbeizuführen, hatte sich der Landesvorstand der KPD in einem besonderen **Schreiben** an den ADGB, an die sozialdemokratische Partei Sachsens und andere Arbeiterorganisationen gewendet.

Obgleich die von uns in dem Aufruf vom 4. Juli angeführten Punkte gebieterisch von jeder Arbeiterorganisation fordern, die elementarsten Lebensinteressen des Proletariats wahrzunehmen, hat es der **Landesvorstand der SPD unterlassen**, uns auf unsere Aufforderung, an den von uns vorgeschlagenen Tagen, eine gemeinsame Demonstration durchzuführen, **eine schriftliche Antwort zu geben.**

Anstelle einer solchen lehnte der Landesvorsitzende, der „linke" Sozialdemokrat Arzt in seiner Rede, die er zur Auflösung des sächsischen Landtages am 8. Juli im Landtage hielt, die Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter ab. Statt dessen

verbinden sich die „Linken" mit den „Rechten", den Agenten der Kapitalisten.

Anstelle der Einheitsfront des Proletariats gegen die Kapitalisten predigte der Sozialdemokrat Wirth die Einheitsfront der Sozialdemokraten und der übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Kommunisten. **Der Landesvorsitzende Arzt unterstützte Wirth dabei.**

Das ist die praktische Haltung der Sozialdemokratie angesichts der Kriegsgefahr und des Ausbeuterfeldzuges der Kapitalisten gegen die Arbeiter.

Der ADGB hat uns eine Antwort erteilt, die unser im Aufruf vom 4. Juli geäußertes Mißtrauen gegen ihn noch mehr verstärkt.

Anstatt einer Bereitschaftserklärung erhielten wir eine Polemik gegen unseren Aufruf.

Der **ADGB, Bezirk Sachsen,** erklärt auf unser Schreiben unter anderem, daß der Anreiz zu gemeinsamen Vorgehen nicht allzu groß sein dürfte. Wir fragen: **Soll damit die Ablehnung der von uns vorgeschlagenen einheitlichen Kampffront angekündigt werden?**

Die **Gefahren, die das deutsche Proletariat bedrohen,** sind groß. Täglich spitzt sich die Lage **erneut zu. England treibt zum offenen Bruch** mit Sowjetrußland. Das Bündnis der imperialistischen Staaten gegen Sowjetrußland, **dem einzigen Aktivposten des revolutionären Proletariats,** ist in greifbare Nähe gerückt. Damit ist zugleich die Gefahrenzone für die internationale Arbeiterklasse größer geworden.

Die wirtschaftliche Lage des deutschen Proletariats wird von Tag zu Tag schlechter.

Durch Steuern und Zölle droht eine weitere Belastung aller Werktätigen. Durch die geplante Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, sowie der Mietzinssteuer in Sachsen, wird die unhaltbare Lage für das Proletariat noch verschärft.

Angesichts dieser neuen Pläne der Kapitalisten gegen das Proletariat sind wir auch heute noch bereit, die einheitliche Abwehrfront der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu schließen und die notwendigen Kämpfe einzuleiten.

Unsere Bedenken, die wir im Aufruf vom 4. Juli gegen die SPD niedergelegt haben, sind durch das Verhalten der Führer der Sozialdemokratie gerechtfertigt. Die sozialdemokratische Partei lehnt ab, den Klassenkampf zu führen gegen die Unterdrücker des Proletariats.

Jetzt haben die Werktätigen das Wort!

Organisierte Arbeiter! Zwingt die SPD zur Stellungnahme. **Nehmt sofort** in den Betrieben und Werkstätten, **in Büros und Kontoren,** Stellung zu unseren Vorschlag. Die gesamte werktätige Bevölkerung **muß** am 26. Juli und 2. August geschlossen gegen die drohenden Gefahren demonstrieren. **Wenn** die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB **ablehnen, dann ohne sie.**

Mobilisiert die Betriebe

für die Einheit des Proletariats
für die Amnestie der politischen Gefangenen
für das Bündnis mit Sowjetrußland
gegen neue imperialistische Kriege
gegen den Zoll- und Brotwucher
gegen den Steuerraubzug.

Heraus zur Massendemonstration am 26. Juli in den Bezirken Erzgebirge-Vogtland und Ostsachsen!

Heraus am 2. August zum Roten Tag in Leipzig!

Landesvorstand der KPD.

Der ADGB. und unser Vorschlag zur gemeinsamen Kundgebung

Vorbereitung zur Ablehnung

Am 4. **Juli, gemeinsam mit unserem Aufruf** an die Arbeiter, **hatten wir der SPD. und dem ADGB.** eine schriftliche **Aufforderung zur gemeinschaftlichen Kundgebung** gesandt. Die SPD. antwortete bisher nicht. Vom ADGB. bekamen wir folgende Antwort:

Titl. Landesvorstand der KPD.
Herrn Max Ströhel
Leipzig, Roscherstraße 13, 2.

In **Beantwortung** Ihres Schreibens vom 4. Juli teilen wir Ihnen mit, daß wir erst in der am **Montag den 13. d. M.** stattfindenden Sitzung unseres Bezirksausschusses endgültig zu Ihrem Vorschlag Stellung nehmen können. Es wäre uns jedoch lieb, wenn wir bis dahin die bereits in Ihrem Schreiben erwähnten **organisatorischen Vorschläge** erhalten könnten, um uns über den Charakter der geplanten **Demonstration zu informieren.** Zur Sache selbst möchten wir noch bemerken, daß der ADGB. bereits seit einiger Zeit **eine Kampagne gegen Steuerunrecht und Zollwucher** führt und sich nicht, wie es in Ihrem Aufruf heißt, „auf **papierne Kundgebungen**" beschränkt. In diesem Kampf wird uns jeder **Bundesgenosse recht sein,** der ohne jede **egoistischen Nebenabsichten** das gleiche Ziel verfolgt, vorausgesetzt natürlich, daß er auch sonst die Gewähr dafür bieten kann, daß man mit ihm auf Treu und Glauben eine ehrliche Bundesgenossenschaft eingehen kann. Selbst wenn **man von den bisherigen Erfahrung, die der ADGB. mit der KPD. leider machen mußte,** absieht, **strotzt auch der uns übersandte Aufruf derart von Verdrehungen und Verdächtigungen der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB., daß der Anreiz zu gemeinsamem Vorgehen bei unserem Bezirksausschuß nicht allzu groß** sein dürfte. Jedenfalls möchte ich der Entscheidung dieser Körperschaft nicht vorgreifen und ersuche Sie um recht baldige Zusendung der bereits oben erwähnten Vorschläge über das Aktionsprogramm.

Mit gewerkschaftlichem Gruß
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Bezirk Sachsen, K. Arndt.

Der Landesvorstand sandte darauf dem ADGB folgende Antwort:

An den Bezirksausschuß des ADGB. Sachsen
Herrn K. Arndt,
Dresden, Ritzenbergstraße 6, 1.

Auf Ihr Schreiben vom 7. d. M. sind wir bereit, Ihnen für die Besprechung Ihres Bezirksausschusses unsere organisatorischen Vorschläge mitzuteilen. Zuvor jedoch einige Bemerkungen über den Inhalt Ihres Schreibens selbst.

Sie erklären uns, daß der ADGB. schon seit einiger Zeit eine Kampagne gegen Steuerunrecht und Zollwucher führte, die sich nicht auf **papierne Kundgebungen** beschränke. Wir sind gern bereit, die von uns gemachten Feststellungen über das Versagen des ADGB. zurückzunehmen, wenn Sie uns das Gegenteil unserer Behauptungen beweisen werden. Bisher ist uns nichts bekannt, daß der ADGB. eine ernstliche Abwehr gegen die Steuerpläne der Reichsregierung vorbereitet hat. Auch ist uns unbekannt, daß der ADGB. zur Abwehr Demonstrationen oder Streiks der organisierten Arbeiterschaft eingeleitet hätte.

Unverständlich erscheint uns Ihre Bemerkung, daß Ihnen jeder Bundesgenosse recht sei, **der nicht egoistische Nebenabsichten verfolge, der weiter die Gewähr biete,** daß man mit ihm auf Treu und Glauben eine ehrliche Bundesgenossenschaft eingehen könne.

Unser Ihnen unterbreiteter Vorschlag ist gestellt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die von uns in unserem Aufruf aufgezeichneten **Gefahren bedrohen das** gesamte **Proletariat,** nicht **nur die kommunistischen Arbeiter.** Die **Kommunistische Partei hat der Arbeiterschaft** immer Treu und Glauben **gewährt. Sie steht im schärfsten** Kampf **gegen die Kapitalisten und deren Gesellschaft, was** wir aber von anderen Organisationen **nicht behaupten** können. **Die Kommunisten sind selbstverständlich zu jeder** Aktion bereit, **wenn sie wirklich im Interesse und nicht zur** Irreleitung der Arbeiter geführt wird.

Ihre weitere Bemerkung, daß unser Aufruf von Verdrehungen und Verdächtigungen **strotze, weisen wir mit** aller Entschiedenheit **zurück. Wir stellen nur die Tatsachen** fest. **Wir sind gern bereit, die Beweise für unsere Behauptungen** zu erbringen.

Ihre letzte Bemerkung, **daß der Anreiz zu gemeinsamem Vorgehen nicht allzu groß sein dürfte, müssen wir auffassen als eine Vorbereitung zur Ablehnung unseres Vorschlages zur einheitlichen Kundgebung.**

Im Interesse des gesamten Proletariats erklären wir Ihnen, daß wir nach wie vor bereit **sind zu einer gemeinsamen Aktion, wie sie von uns in unserem ersten Schreiben,** sowie in unserem **Aufruf vom 4. Juli vorgeschlagen ist.**

1. **Gemeinsame Kundgebung in den Bezirken Erzgebirge-Vogtland und Ostsachsen am 26. Juli. Ueber die Orte, wo die Kundgebungen und ob diese unter freiem Himmel oder im Saal mit vorhergehenden oder nachfolgenden Demonstrationen erfolgen sollen, müßte in [illegible]**